



AUSGABE 03/2023 – 24. MÄRZ



GÜNTER RUDOLPH

Fraktionsvorsitzender

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

am 8. Oktober dieses Jahres wählen die Hessinnen und Hessen einen neuen Landtag. Bis dahin geht die parlamentarische Arbeit im Hessischen Landtag weiter. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich vorgenommen, bis zum Wahltag deutlich aufzuzeigen, dass die hessische Sozialdemokratie die einzige wirkliche Alternativen zur aktuellen Landesregierung von CDU und Grünen anbietet

So haben wir beispielsweise ein umfangreiches Konzeptpapier zur Stärkung des ländlichen Raums erarbeitet, das wir dieser Tage der Öffentlichkeit vorgestellt und im Landtag zur Debatte gestellt haben. Aus einer ausführlichen Bestandaufnahme haben wir abgeleitet, was zu tun wäre, um die Dörfer und Kleinstädte Hessens zu stützen und zu stärken. Denn Hessen kann es sich nicht leisten, das große Potenzial des ländlichen Raums weiterhin zu ignorieren, wie CDU und

Grüne das in der noch amtierenden Landesregierung tun. Unsere Broschüre „So geht ein starker ländlicher Raum“ gibt es auf der Homepage der SPD-Landtagsfraktion zum Download (www.spd-fraktion-hessen.de).

Darüber und über die anderen Themen, die wir in der zurückliegenden Plenarwoche im Hessischen Landtag behandelt haben, informieren wir Sie auf den folgenden Seiten. Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Günter Rudolph



FEHLERHAFTER PERSONAL- UND SICHERHEITSPOLITIK

REGIERUNGSERKLÄRUNG



In seiner Regierungserklärung hat Innenminister Beuth die Polizeiliche Kriminalstatistik gelobt. „Das kann nur als Wahlkampfgetöse bezeichnet werden. Denn die vorgestellten Zahlen sind keine Erfolgsbilanz. Das Fallaufkommen hat sich im Vergleich zum Vorjahr drastisch erhöht, die Aufklärungsquote sinkt. Selbst unter Nichtberücksichtigung der sogenannten Corona-Jahre ist

ein deutlicher Fallanstieg zum Vergleichsjahr 2019 mit gleichzeitig sinkender Aufklärungsquote zu verzeichnen“, sagte Heike Hofmann. Sie kritisierte zudem die Wirkungslosigkeit von Beuths „Maßnahmen“ bei Angriffen auf Einsatzkräfte, die laut polizeilicher Kriminalstatistik auch weiterhin kaum zurückgingen. „Die Zahl der Übergriffe ist inakzeptabel hoch. Wir brauchen Initiativen jenseits der Forderung nach schärferen Strafen und auch der immer wiederkehrende Hinweis des Innenministers auf die Schutzschleife als Zeichen der Solidarität reicht nicht aus. Die Justiz muss Verfahren im Zusammenhang mit Gewalt gegen Einsatzkräfte schnell abarbeiten. Darüber hinaus bedarf es Investitionen in politische Bildung, um ein besseres

Bild der Polizei, ihrer Aufgaben und ihrer Bedeutung in einem Rechtsstaat zu vermitteln.“ Die SPD-Politikerin rief den Innenminister dazu auf, sich am Ende seiner 10-jährigen Amtszeit an die Seite der Polizistinnen und Polizisten zu stellen. „Die hessische Landesregierung setzt sich nicht für die Polizei ein. Sie verantwortet die Stellenabbauprogramme, sie verantwortet die Nullrunde für die hessischen Beamtinnen und Beamten im Jahr 2015 und sie verantwortet die verfassungswidrige Besoldung, die auch mit dem kürzlich verabschiedeten Gesetzentwurf nicht geheilt wird. Diese Politik hat das Vertrauen der hessischen Polizei in ihren obersten Dienstherrn gestört und sie führte dazu, dass der Polizeiberuf in Hessen immer unattraktiver wurde“, sagte Hofmann.

RESPEKT FÜR DIE PFLEGE

„Der Alltag in vielen Pflegeheimen und Krankenhäusern ist durch lange Wartezeiten für Patienten, viel zu geringe Behandlungskapazitäten in der Kinder- und Jugendmedizin und einen gefährlichen Personalmangel gekennzeichnet. Die Lage in der Pflege ist dramatisch und das System stößt an seine Grenzen“, so schilderte die gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin, Dr. Daniela Sommer, die aktuelle Situation in den Pflegeberufen. „Pflegebedürftige Menschen haben eine gute Versorgung verdient und Pflegenden haben mehr Anerkennung, Respekt und vor allem Wertschätzung verdient. Das bedeutet für uns, dass sich einiges ändern muss: Die Ausbildung

muss attraktiver und bekannter gemacht werden. Wir brauchen außerdem ein Sozialpraktikum, genügend Plätze und Schulen sowie die Weiterqualifizierung bis hin zum Studium. Die Anerkennung muss zudem beschleunigt und der sozialpädagogische Mehraufwand berücksichtigt werden. Auch könnten Bildungsgutscheine sowie der Einsatz von Sozialarbeitern helfen. Aber vor allem müssen sich die Arbeitsbedingungen dringend verbessern. Das Personal braucht wieder mehr Zeit, um sich um die Bedürfnisse der zu Pflegenden zu kümmern“, sagte Sommer. Darüber hinaus brauche es Kompetenzerweiterung, mehr Entscheidungskompetenz und Mit-



sprache der Pflege, betriebliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention am Arbeitsplatz, die Umsetzung einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie eine Entbürokratisierung. „Mit der Offensive ‚Respekt und gute Arbeit‘ für alle Beschäftigten setzen wir uns für eine umfassende und personensorientierte Pflege ein“, so Sommer.

LÄNDLICHER RAUM BRAUCHT FÖRDERUNG

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Hessische Landtag darüber debattiert, wie sich gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen herstellen lassen. „Der Auftrag, dafür zu sorgen, dass das Leben im ländlichen Raum nicht schlechter ist als in den Ballungsgebieten, ergibt sich aus dem Grundgesetz. Es gilt, bei allen Unterschieden zwischen Stadt und Land gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Günther Rudolph. Die Bedeutung des ländlichen Raums für Hessen werde immer noch unterschätzt, dabei lebe die Hälfte der Bevölkerung in Gebieten, die als ‚ländlicher Raum‘ definiert werde. „Das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse werden wir nicht erreichen, wenn die Dörfer und kleineren Städte im ländlichen Raum nicht bei landespolitischen Entscheidungen und Planungen stärker berücksichtigt werden. Wer gleichwertige Lebensverhältnisse anstrebt, muss die Unterschiede akzeptieren und seine Politik daran anpassen. Vor allem aber muss eine Politik des Landes für den ländlichen Raum verlässlich und dauerhaft sein. Daran fehlt es der aktuellen Landesregierung“, so Rudolph.

HESSEN BRAUCHT EINEN BILDUNGSAUFBROCH

In der Landtagsdebatte über den Bildungsgipfel forderte die stellvertretende bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nina Heidt-Sommer, Kultusminister Lorz auf, gemeinsam Verantwortung für die drängenden Probleme in der Bildungspolitik zu übernehmen. „Den Bildungsgipfel zu schwänzen, war keine gute Idee. Wir stehen vor einer Situation, in der Schulen nicht mehr exzellent unterrichten können. Wir erleben gerade, dass unsere Schulen nicht gleiche Chancen für alle Kinder garantieren können und wir sehen, dass Eltern zunehmend Schwierigkeiten haben, Familie und Beruf zu vereinbaren. Wir brauchen dringend einen Aufbruch für bessere Bildungschancen für alle,“ forderte Heidt-Sommer und lobte in ihrer Rede den Vorstoß der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken für ein 100 Milliarden Euro Vermögen für den Bildungsbereich. Es brauche gemeinsame Anstrengungen, damit Schulbau, Sanierung, Digitalisierung und die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung und Inklusion vorankommen.

FÖRDERUNGEN IN ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE NACHHALTIGKEIT VON KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

In der Aktuellen Stunde zum Thema KI-Innovationslabor sagte der digitalpolitische Sprecher der SPD-



Landtagsfraktion, Bijan Kaffenberger: „Wir sind uns sicherlich alle einig, dass wir die KI-Forschung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Wirtschaft fördern müssen.“ Hintergrund sei die Eröffnung des KI-Innovationslabors des Hessischen Zentrums für Künstliche Intelligenz (hessian.AI) am Green IT Cube des GSI Helmholtzzentrums für Schwerionenforschung gewesen: „Der Cube gilt als eine der nachhaltigsten Rechnerinfrastrukturen weltweit. Aber der Cube ist eben nicht die Masse.“ Die SPD habe mit ihrem Antrag für einen Transformationsfonds einen Vorstoß in Sachen ökologischer Nachhaltigkeit gemacht. Darin sollen Konzepte zur Reduzierung des Energieverbrauchs für Rechenzentren gefördert und gleichzeitig Pläne zur Nutzung der Abwärme zur Pflicht werden. „Wir verstehen Rechenzentren nicht nur als Innovationstreiber im Bereich der Künstlichen Intelligenz, sondern wir setzen auf einen ganzheitlichen Innovationsschub, auch im Sinne der Nachhaltigkeit. Wenn wir als SPD-Fraktion von Nachhaltigkeit sprechen, sprechen wir immer auch von sozialen Aspekten“, sagte Kaffenberger. Es brauche sozialwissenschaftliche Forschung über die Auswirkungen des KI-Einsatzes auf Beschäftigte, Arbeit und Qualifikationsbedarfe. Hinzu komme die Notwendigkeit des Ausbaus der betrieblichen Mitbestimmung sowie einer entsprechenden Weiterqualifizierung der Betriebs- und Personalräte.



100 MILLIONEN FÜR KRANKENHÄUSER

SPD-GESETZENTWURF



Die SPD-Landtagsfraktion hat ihr Gesetz zur Krankenhausfinanzierung in Hessen in den Landtag eingebracht. Dr. Daniela Sommer, die gesundheitspolitische Sprecherin, erklärte dazu: „Unsere Krankenhäuser befinden sich in einer prekären Situation, an der das Land eine Mitschuld trägt. Hessen bringt derzeit nicht einmal 5% der Investitionsmittel aus Landesmitteln auf. Unser Ziel ist es, die Ei-

genmittel des Landes zu verfünffachen.“ Sommer mahnte, dass das Land seinem gesetzlichen Auftrag, die bedarfsgerechte Versorgung mit ausreichenden Investitionsmitteln sicherzustellen, nicht nachkomme. „Die finanzielle Belastung wird von Schwarzgrün auf andere geschoben – insbesondere auf die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter“, sagte Sommer und erklärte: „Wir wissen um die Herausforderungen, die Aufgaben und die Kraftanstrengungen der Krankenhäuser, der Beschäftigten und unserer Kommunen. Wir stehen ihnen zur Seite und wollen deshalb für die Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäusern Eigenmittel des Landes in Höhe von 100 Millionen Euro gesetzlich verankern.“

genmittel des Landes zu verfünffachen.“ Sommer mahnte, dass das Land seinem gesetzlichen Auftrag, die bedarfsgerechte Versorgung mit ausreichenden Investitionsmitteln sicherzustellen, nicht nachkomme. „Die finanzielle Belastung wird von Schwarzgrün auf andere geschoben – insbesondere auf die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter“, sagte Sommer und erklärte: „Wir wissen um die Herausforderungen, die Aufgaben und die Kraftanstrengungen der Krankenhäuser, der Beschäftigten und unserer Kommunen. Wir stehen ihnen zur Seite und wollen deshalb für die Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäusern Eigenmittel des Landes in Höhe von 100 Millionen Euro gesetzlich verankern.“

INTEGRATIONSGESETZ



Erneut hat die SPD-Fraktion den Gesetzesentwurf der Landesregierung für ein hessisches Integrationsgesetz kritisiert. „In der Anhörung hat sich gezeigt: Das Gesetz enthält wenige Neuigkeiten für die Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Hessen“, sagte Turgut Yüksel. In einem Änderungsantrag fordere die SPD unter anderem die Verankerung einer Landesförderung für unabhängige professionelle Beratungsstrukturen, den Einsatz und die Finanzierung professioneller Dolmetscher, die Festlegung des Landes auf unbürokratische und umfassende medizinische Versorgung Geflüchteter sowie beschleunigte Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt.

TRANSFORMATION VERANTWORTUNGSVOLL GESTALTEN

SPD-GESETZENTWURF



Der Hessische Landtag hat sich in erster Lesung mit dem SPD-Gesetzesentwurf zur „gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen der Veränderungen für Wirtschaft und

Arbeit“ in Hessen befasst. Dieses „Transformationsfondsgesetz“ sieht die Einrichtung eines Fonds vor, der in den kommenden zehn Jahren Mittel in Höhe von zwei Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellen soll, um die Veränderungsprozesse für Wertschöpfung und gute Arbeit gezielt zu unterstützen. Die jährliche kontinuierliche Bereitstellung von 200 Millionen Euro über die kommende Dekade stellt sicher, dass die für die hessi-

sche Wirtschafts- und Arbeitswelt anstehenden Herausforderungen zukunftsicher adressiert und bewältigt werden können. „Die anstehenden Transformationsprozesse sind komplex“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher Tobias Eckert. Daher sei es von zentraler Bedeutung, dass diese Prozesse vonseiten des Landes aktiv gestaltet werden. „Unser Transformationsfonds ist zielgerichtet auf die Bedürfnisse der Wirtschafts- und Arbeitswelt in Hessen, berücksichtigt strukturelle Unterschiede zwischen Stadt und Land und ist seriös durchfinanziert“, so Eckert.

CDU & GRÜNE GEGEN WAHLRECHT AB 16

Der Hessische Landtag hat nach der Dritten Lesung eines entsprechenden Gesetzentwurfes der SPD-Fraktion die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abgelehnt. Neben der AfD stimmten auch die Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen gegen die vorgeschlagene Verbreiterung der Wählerbasis auf alle ab 16. „Ob man junge Menschen aktiv an der Gestaltung von Politik – und damit an der Gestaltung der Zukunft – mitwirken lässt, ist eine Frage des politischen Willens und des richtigen gesellschaftlichen Kompasses. CDU und Grüne haben eindrucksvoll bewiesen, dass es ihnen an beidem fehlt. Ich bedauere sehr, dass unser Vorstoß, Jugendliche bereits ab 16 Jahren



die Möglichkeiten der politischen Teilhabe zu gewähren, an den Regierungsfractionen gescheitert ist. Vor allem die Grünen-Abgeordneten werden ihren eigenen Parteimitgliedern und ihren bisherigen Wählerinnen und Wählern jetzt viel zu erklären haben, denn sie haben zugunsten des Koalitionsfriedens mit der CDU erneut ihre eigenen Werte und Ziele verraten: In ihrem Parteiprogramm steht die Forderung, jungen Menschen ab 16 das Wählen zu ermöglichen, aber im Landtag kuschen sie vor dem Koalitionspartner“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Günther Rudolph und sagte: „Die Wählerinnen und Wähler sollten diese besondere Form der Rückgratlosigkeit nicht vergessen.“

GESETZENTWURF BLEIBT ROHRKREPIERER

„Dieser Gesetzentwurf verdient aus unserer Sicht keine Zustimmung. Er ist an vielen Stellen trotz nachträglicher Änderungen unkonkret und schränkt die Versammlungsfreiheit maßgeblich ein“, erklärte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Hofmann, zum Entwurf für ein Versammlungsfreiheitsgesetz. „Den Titel ‚VersammlungsfREIHEITsgesetz‘ verdient der Entwurf schon aus diesem Grunde nicht. An vielen Stellen sind die Regelungen restriktiv, die Ausübung der Meinungsfreiheit im Zuge politischer Versammlungen wird erheblich erschwert. Zudem bleibt die Praxistauglichkeit fraglich, auch hier wird sich das Gesetz beweisen müssen. Über die Verfassungskonformität der Regelungen werden zuletzt die Gerichte entscheiden. Für uns als SPD-Fraktion ist jedoch klar: In dieser Form können und werden wir diese Initiative nicht unterstützen“, so Hofmann.



SCHWANGERENKONFLIKTBERATUNG



Der Hessische Landtag hat über den Schutz von Frauen vor Störungen bei der Schwangerenkonfliktberatung debattiert. „Ungewollt schwangere Frauen befinden sich per se in einer schwierigen Situation. Die Entscheidung über einen möglichen Abbruch der ungewollten Schwangerschaft stellt eine erhebliche psychische

Belastung dar, die nicht von negativen Einflüsse von außen verschärft werden soll. Der Besuch der Schwangerenkonfliktberatung darf nicht durch Mahnwachen vor den Beratungsstellen zu einem Spießbrutenlaufen werden“, sagte Tanja Hartdegen. Es gehe um die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Frauen und um deren Anspruch auf einen geschützten Raum für die Beratung. Die SPD begrüße eine gesetzliche Regelung, die den freien und anonymen Zugang zur Beratung sicherstellt, indem Kundgebungen, Demonstrationen und so genannte ‚Mahnwachen‘ in Sichtweite der Beratungsstellen unterbindet.

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Cord Wilke (verantwortlich),
Isabel Kunkel,
Luisa Neurath.

BILDER:

Angelika Aschenbach, Christof Mattes,
bernardbodo/Envato Elements.